



Bundestagswahlen 2021 – Was erwartet die Internetwirtschaft in der neuen Wahlperiode?

Berlin, 26. August 2021

Mit den Bundestageswahlen am 26. September 2021 steht eine Zäsur in der politischen Landschaft bevor. Die Regierungszeit von Bundeskanzlerin Angela Merkel endet nach 16 Jahren. Der politische Wettbewerb hat sich in diesen Jahren deutlich verändert. Neue Themen und Herausforderungen haben an Bedeutung gewonnen und neue Regierungskonstellationen sind möglich geworden. Mit den nachfolgenden Betrachtungen möchte eco einen Überblick über die digitalpolitischen Schwerpunkte ausgewählter Parteien, die an der kommenden Bundesregierung beteiligt sein können, geben. Dabei soll auch auf die möglichen Schwerpunktthemen, welche die Internetwirtschaft nach den Wahlen erwarten, eingegangen werden.

Analysiert werden im Rahmen dieser Betrachtung die offiziellen Bundestagswahlprogramme von CDU/CSU, SPD, FDP, Linkspartei und Bündnis90/Die Grünen. Ergänzend untersucht eco punktuell das Programm „Gut für Bayern – gut für Deutschland“ der CSU vom 23. Juli 2021, welches im Nachgang des Union-Wahlprogramms herausgegeben wurde. Ebenfalls wird das von Bündnis 90/Die Grünen nachträglich veröffentlichte Klimaschutz-Sofortprogramm „Klima retten, Menschen schützen“ vom 3. August 2021 in den Blick genommen. Beide konkretisieren einzelne Aussagen aus den jeweiligen Wahlprogrammen weiter.

Die nachstehende Betrachtung erfasst die Aussagen und Positionen der Parteien zu den Themenkomplexen:

- Digitale Infrastrukturen und Netze
- Bürgerrechte und IT-Sicherheit
- Wettbewerb und Industrie
- Mensch und digitale Medien
- Digitalisierung, Innovationen und Zukunftstechnologien

und ordnet diese ein, so dass daraus Rückschlüsse auf Schwerpunkte und zentrale Themen gezogen werden können, die am Ende des Dokuments im Rahmen einer Gesamtschau betrachtet werden.

I. Auswertung des Wahlprogramms von CDU und CSU

Am 21. Juni 2021 stellten CDU und CSU ihr gemeinsames Bundestagswahlprogramm unter dem Titel [„Das Programm für Stabilität und Erneuerung – Gemeinsam für ein modernes Deutschland“](#) vor. Die CSU wird dem Vernehmen nach in diesem Jahr nicht mit einem eigenen



Wahlprogramm für Bayern antreten. Sie hat stattdessen am 23. Juli 2021 ein eigenes und ergänzendes [Kurzprogramm](#) mit Bezug zu den Wahlen unter dem Namen „Gut für Bayern – gut für Deutschland“ veröffentlicht.

▪ **Zentrale Aussagen im Bereich: Digitale Infrastrukturen und Netze**

CDU und CSU streben den Ausbau eines 5G Mobilfunknetzes bis 2025 an. Als entscheidenden Erfolgsfaktor hierfür sehen sie die kürzlich geschaffene Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft (S. 104). Für den Gigabitausbau in Deutschland sollen insgesamt 15 Mrd. € bereitstehen (S. 104). Wo ein wirtschaftlicher Ausbau von Breitbandinternet nicht möglich ist, möchte die CDU die Kommunen ertüchtigen, den Ausbau selbst durchzuführen. Die Möglichkeiten alternativer Verlegetechniken, wie Nano- oder Microtrenching, durch deren schnelle Zertifizierung sollen ausgeschöpft werden (S. 130). Entsprechende Genehmigungsverfahren sollen digitalisiert, vereinfacht und beschleunigt werden (S. 104, 124).

▪ **Zentrale Aussagen im Bereich: Bürgerrechte und IT-Sicherheit**

CDU und CSU setzen auf eine Ausweitung der Maßnahmen für Ermittlungsbehörden mit einer Rechtsgrundlage für Quellen-TKÜ und Online-Durchsuchungen zur Strafverfolgung und Gefahrenabwehr (S. 116). Die Schaffung einer rechtskonformen Möglichkeit für Speicherung und Zugriff auf IP-Adressen und Telefonnummern (Vorratsdatenspeicherung), um Kindesmissbrauch im Netz begegnen zu können, ist ebenfalls vorgesehen (S. 109). Auch auf in der Cloud abgelegte Dokumente und E-Mails sollen Ermittlungsbehörden, möglichst EU-weit, zugreifen dürfen (S. 109).

Im Bereich der IT-Sicherheit sieht die Union die Einführung eines Sicherheitskennzeichens als zentral an, das Verbrauchern Orientierung geben soll (S. 57). Daneben sieht die Union Haftung, Gewährleistung und Softwareupdates als zentrale Aspekte für eine Verbesserung der IT-Sicherheitslage (S. 57). Weiter sehen CDU und CSU die Gefahrenabwehr im Cyberraum als zentral an und wollen hierfür auch ausreichende Mittel für eigene aktive Maßnahmen bereitstellen (S. 117). Wirtschaft und Verwaltung sollen durch größere Kapazitäten geschützt werden (S. 118). Verschlüsselungstechnologien sollen weiter erforscht werden (S. 118).

Im Bereich des Datenschutzes möchte die Union eine Harmonisierung bei der Umsetzung gewährleisten. Ein „Supergrundrecht auf Datenschutz“ erachtet sie als problematisch (S. 94).



▪ **Zentrale Aussagen im Bereich: Wettbewerb und Industrie**

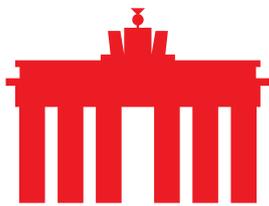
CDU und CSU streben eine Vertiefung des europäischen Binnenmarktes an und sehen dabei den digitalen Binnenmarkt als einen wichtigen Faktor an (S. 29). Sie fordern eine Digital- und Datenunion (S. 28) und streben den Aufbau einer europäischen Plattformwirtschaft an (S. 29). Die digitale Souveränität Deutschlands (S. 29) und Europas (S. 93) soll sichergestellt werden. Digitale Geschäftsmodelle sollen dort Steuern entrichten, wo sie Umsätze erwirtschaften. Eine entsprechende Lösung soll auf OECD-Ebene angestrebt werden (S. 72).

Im Bereich des Wettbewerbsrechts wertet die Union die 10. GWB-Novelle als solide Grundlage für fairen Wettbewerb im digitalen Zeitalter. Mit den Bemühungen zu Digital Markets Act (DMA) und Digital Services Act (DSA) soll der Rechtsrahmen weiter ausgebaut werden (S. 92). Ziel ist ein gemeinsamer Rahmen für Gewährleistung, Updates, Haftung sowie Bewertungs- und Rankingmechanismen (S. 57). Ein europäischer Rechtsrahmen soll zudem auch die Online-Sicherheit und den Schutz der Grundrechte unterstützen (S. 92).

Die Erreichung der Treibhausgasneutralität bis 2045 soll gesetzlich festgeschrieben werden. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen nach Vorstellung von CDU und CSU Investitionen, Regulierung und innovative Technologien eingesetzt werden (S. 40). Um Bürger:innen und Unternehmen von den Transformationskosten zu entlasten, soll die EEG-Umlage abgeschafft werden (S. 41). Die Digitalisierung soll zur kosteneffizienten Reduzierung von CO₂-Emissionen beitragen (S. 42). Ressourcenschonende digitale Lösungen von Start-Ups und mittelständischen Unternehmen sollen gefördert werden (S. 42).

▪ **Zentrale Aussagen im Bereich: Mensch und digitale Medien**

Die Union möchte insbesondere Kinder in der digitalen Welt besser schützen und Telemedienanbieter zu besseren Schutzkonzepten verpflichten (S. 109). Strafverfolgungsbehörden sollen auch die Möglichkeit erhalten, ohne eine Anzeige zu ermitteln (S. 114). Community Guidelines sozialer Netzwerke sollen die politische Willensbildung nicht beeinflussen dürfen. Dies möchten CDU und CSU im AGB-Recht klarstellen (S. 114). Präventive und kostenlose Angebote gegen Hass und Hetze im Netz sollen helfen (S. 114). Die Union versteht die Digitalisierung als große Chance für die Gesellschaft. Mit einem Rechtsanspruch für alle Bürger:innen auf eine e-ID soll digitale Teilhabe ermöglicht werden (S. 99). Breitbandiges Internet und mehr Digitalisierung sollen zur Vitalisierung ländlicher Räume beitragen (S. 129). Auch das Arbeitsrecht muss nach Ansicht von CDU und CSU angepasst und flexibilisiert werden – hin zu einer Wochenarbeitszeit (S. 39). Ansprüche auf mobiles Arbeiten sollen zukünftig im Dialog mit den Tarifpartnern geklärt werden (S. 76). Entwicklungen zu Gig-Working und anderen neuen



Arbeitsformen, die durch die Digitalisierung entstanden sind, möchte die Union beobachten und ggfs. regulieren (S. 39). Frauen in MINT-Berufen möchte die Union fördern (S. 79).

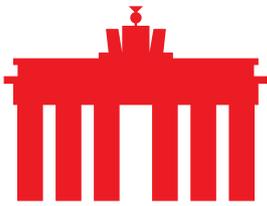
Um digitale Bildung zu fördern, soll eine Lernplattform eingerichtet werden, die als Grundlage für Bildungsangebote aller Altersstufen dient. Die Union möchte hierfür in einem ersten Schritt 150 Mio. Euro investieren (S. 82). Die Vermittlung digitaler Kompetenzen soll nach den Vorstellungen der Union fester Bestandteil der schulischen Bildung werden und Wissen über die Funktion digitaler Technologien und deren Anwendung weitergeben (S. 81). Soziale Medien sollen nicht dazu genutzt werden, einzelne zu bedrohen oder herabzuwürdigen. CDU und CSU sehen hier den Dialog mit Eltern und Schulen als maßgeblich (S. 82). Auch im Bereich Forschung und Entwicklung möchte die Union digitale Technologien voranbringen – insbesondere unter dem Aspekt der Klimaneutralität (S. 40). Darüber hinaus hat sich die Union das Ziel gesetzt, bis 2025 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung zu investieren (S. 84).

Ein Bundesministerium für digitale Innovation und Transformation soll die verschiedenen Aspekte begleiten (S. 93).

- **Zentrale Aussagen im Bereich: Digitalisierung, Innovationen und Zukunftstechnologien**

Um die Nutzung von KI in der Wirtschaft zu intensivieren, sollen so genannte KI-Lotsen speziell für KMU als Ansprechpartner für die begleitete Potentialanalyse eingesetzt werden (S. 86). Zur Entwicklung von KI und weiteren Zukunftstechnologien sollen Experimentierräume und Reallabore geschaffen werden, in denen Systeme erprobt werden können (S. 87). Daneben sieht die Union besonderes Potential in der Gesundheitsbranche, wo verstärkt Künstliche Intelligenz zum Einsatz kommen soll (S. 67). Wissensintensive Gründungen möchte die Union fördern (S. 88f). Die Union strebt nach digitaler Souveränität in Deutschland und Europa mit AI Made in Europe und eigenen Soft- und Hardwareherstellern (S. 93).

Zudem möchte die Union, im Interesse von Nutzern, die Datenportabilität und die Interoperabilität von Messengern fördern (S. 57). Der Staat soll Treiber bei offenen Daten und Standards werden und, wo möglich, Open-Source-Software einsetzen (S. 96). Im Bereich des e-Government möchten CDU und CSU verstärkt auf digitale Identitäten als Alternative zu Login- und Identitätsangeboten von Konzernen setzen (S. 57, 99). Ein digitales Wallet für digitale Identitäten und daraus abgeleitete Identitäten und Informationen soll nicht nur für die Verwaltung, sondern auch darüber hinaus Impulse setzen (S. 100). Alle Verwaltungsgänge sollen für Bürger:innen digital zugänglich gemacht werden (S. 96). Sie setzt auf einen Digital-TÜV, der Gesetze auf ihre Digitalisierungstauglichkeit überprüfen soll (S. 99). Es



sollen zudem möglichst viele Verwaltungsgänge und Aktivitäten automatisiert werden (S. 100).

- **Bewertung**

Mit ihrem Wahlprogramm adressiert die Union zahlreiche Aspekte der Digitalisierung und greift damit einige Forderungen des eco zur künftigen Internet- und Digitalpolitik auf. Der Bereich der inneren Sicherheit nimmt für CDU und CSU dabei eine zentrale Rolle ein. Sicherheitsbehörden sollen für teilweise weitreichende Maßnahmen Befugnis erhalten. Zudem plant die Union die rechtskonforme Regelung und Anwendung der Vorratsdatenspeicherung. Im Bereich des Datenschutzes strebt die Union eine Vereinheitlichung der bestehenden Aufsichtspraxis an. Von einer stärker ausgebauten Regulierung ist nicht die Rede.

Im Bereich der Wettbewerbsregulierung setzt die Union verstärkt auf europäische Lösungen – ebenso wie im Bereich Künstliche Intelligenz. Daneben sieht sie die Förderung der digitalen Souveränität als zentral an.

Ein Schwerpunkt der digitalpolitischen Pläne der Union ist im Bereich des e-Government zu identifizieren. Hier wollen CDU und CSU mit einem digitalen Wallet und einer e-ID die Verwaltung stärker digitalisieren. Der ebenfalls vorgesehene Digital-TÜV kann zudem weitere positive Effekte auf die zukünftige Digitalisierung haben.

Daneben unterstützt die Union zahlreiche Einzelmaßnahmen, die sich primär auf einzelne und konkrete Anwendungsfragen und Szenarien beziehen, wie bspw. die Interoperabilität von Messengern, die Förderung offener Standards oder die Frage nach IT-Sicherheitsvorgaben.

Die Union sieht den Breitbandausbau als ein zentrales Projekt an. Sie setzt hier primär auf mobile Lösungen und die verstärkte Nutzung neuer Verlegetechniken, sowie eine Ertüchtigung der Kommunen zum eigenständigen Breitbandausbau.

II. Auswertung des SPD-Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2021

Am 9. Mai 2021 verabschiedete die SPD ihr Bundestagswahlprogramm [„Aus Respekt vor Deiner Zukunft“](#).

- **Zentrale Aussagen im Bereich: Digitale Infrastrukturen und Netze**

Die Sicherheit und der Erfolg in Europa ansässiger digitaler Infrastrukturen darf aus der Sicht der SPD nicht alleine in der Hand nordamerikanischer und asiatischer Dienstleister bzw. Hersteller liegen. Deshalb möchte sie, dass transeuropäische Zusammenschlüsse zur Entwicklung und Produktion



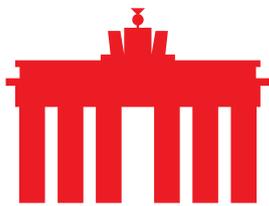
strategischer Komponenten und Maßnahmen zur Unterstützung der gesamten Wertschöpfungskette der Digitalwirtschaft entwickelt werden (S. 14). Die Partei hat erkannt, dass die Verfügbarkeit moderner und leistungsfähiger Netze Auswirkungen auf die unternehmerische Wettbewerbsfähigkeit hat und will deshalb den Netzausbau beschleunigen. Dazu sollen nach Vorstellung der SPD massive Investitionen getätigt werden (S. 5). Die Verfügbarkeit von schnellem Internet darf nicht zu sozialen Verwerfungen in der Gesellschaft führen. Deshalb möchte die SPD konkrete und gesetzlich festgelegte Ausbau- und Versorgungsverpflichtungen schaffen, die allen Haushalten und Unternehmen eine Brandbreite von mindestens einem Gigabit pro Sekunde garantiert (S. 13). Die Netzneutralität soll gewahrt bleiben (S. 14).

▪ **Zentrale Aussagen im Bereich: Bürgerrechte und IT-Sicherheit**

Um Bürgerrechte im Internet zu schützen bzw. digitale Straftaten zu verhindern, sollen Strafverfolgungsbehörden mit den erforderlichen technischen und personellen Kapazitäten ausgestattet werden (S.16). Zum Schutz des freien Journalismus bzw. von Whistleblowern möchte die SPD die Möglichkeiten zur anonymisierten bzw. pseudonymisierten Nutzung des Internets erhalten. Zudem sollen nach Wunsch der SPD Forschungsvorhaben zum Einsatz von Verschlüsselungstechnologien gestärkt werden (S. 15). Das Thema IT-Sicherheit ist für die SPD von hoher Relevanz. Um Cyberangriffen vorzubeugen, soll die Vernetzung der staatlichen Akteure verbessert werden (S. 51). Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) soll als zentrale, unabhängige und präventiv handelnde Cybersicherheitsbehörde aufgestellt und gestärkt werden. Um die IT-Sicherheit von Geräten, Diensten und Software bei den Nutzer:innen zu stärken, ist aus Sicht der SPD eine Verpflichtung der Hersteller zur Stärkung der IT-Sicherheit durch Security by Design bzw. Security by Default erforderlich (S. 15).

▪ **Zentrale Aussagen im Bereich: Wettbewerb und Industrie**

Die SPD vertritt die Ansicht, dass global agierende Digital- und Internetkonzerne das Potential haben, als Monopolisten in neuen Märkten zu agieren. Um den Marktaktivitäten mächtiger Unternehmen zu begegnen, sind für die SPD präzise und starke Regelungen auf europäischer Ebene erforderlich, die vorbeugende Kontrollmechanismen und eine Begrenzung der Marktaktivitäten ermöglichen. Marktmächtige Digital- und Internetkonzerne möchte die SPD nur in Notfällen entflechten (S. 14). Globale Digital- und Internetkonzerne sollen an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligt werden. Um einen Rechtsrahmen für eine faire Mindestbesteuerung sicherzustellen, strebt die SPD eine internationale Lösung auf Ebene der OECD an (S. 23). Die deutsche Wirtschaft soll bis



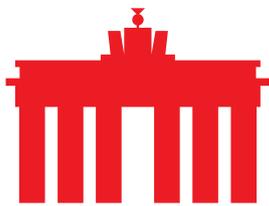
zum Jahr 2045 klimaneutral wirtschaften. Dazu sollen erneuerbare Energien in den kommenden Jahren weiter ausgebaut, die Produktion und der Import von Wasserstoff gestärkt und Fördermechanismen zur Transformation, z.B. der energieintensiven Industrie, entwickelt werden (S. 8). Um die Unternehmen und Haushalte auf dem Transformationspfad zu entlasten, soll die EEG-Umlage bis 2025 abgeschafft werden (S. 10).

▪ **Zentrale Aussagen im Bereich: Mensch und digitale Medien**

Die SPD möchte die digitale Souveränität und Teilhabe der Bürger:innen bewahren. Dazu möchte sie ein generationenübergreifendes Recht auf digitale Bildung und Weiterbildung schaffen (S.14). Im Zuge dessen sollen Lehr- und Lernmaterial zukünftig länderübergreifend auf Open-Source-Plattformen bereitgestellt und Maßnahmen zur Stärkung der Medienkompetenz ergriffen werden (S. 50, 13). Schüler:innen aus einkommensschwachen Haushalten sollen über ein Endgerät verfügen können und auf Basis von Sozialtarifen einen Netzzugang erhalten (S. 13, 14). Universitäten sollen bei der Digitalisierung unterstützt werden (S. 21). Im Bereich der digitalen Weiterbildung sollen kostengünstige, barrierefreie und inklusive Angebote durch ein Förderprogramm der Volkshochschulen geschaffen werden (S. 14). Um mobiles Arbeiten zu erleichtern und rechtlich abzusichern, möchte die SPD einen verbindlichen Rechtsanspruch schaffen. Ausgehend von einer 5-Tage-Woche soll Arbeitnehmer:innen ein jährlicher Anspruch auf 24 Tage mobiles Arbeiten gewährt werden (S. 29). Mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) ist eine umfangreiche Grundlage zur Bekämpfung illegaler Inhalte im Internet geschaffen worden. Dieses will die SPD weiterentwickeln. Eine europäische Lösung (im Zuge des Digital Services Act) wird angestrebt (S. 16).

▪ **Zentrale Aussagen im Bereich: Digitalisierung, Innovationen und Zukunftstechnologien**

Um Unternehmen – insbesondere den Mittelstand – bei der digitalen Transformation zu unterstützen, möchte die SPD die bestehenden und dezentralen Strukturen der Transformationszentren weiterentwickeln (S. 20). Die Verpflichtung von Bund, Ländern und Kommunen zur beschleunigten Digitalisierung aller Verwaltungsleistungen möchte die SPD forcieren (S. 13). Um die Zusammenarbeit verschiedener Beteiligter zu erleichtern, sollen Aktionspläne im Rahmen der Open-Government-Partnership weiterentwickelt werden (S. 25). Alle Bürger:innen sollen die Möglichkeit bekommen, eine digitale Identität ohne Zusatzgerät zu nutzen (S. 13). Die Datennutzung sollte gemeinwohlorientiert auf Basis entsprechender Infrastrukturen und eines Legislativrahmens erfolgen (S. 15). Die Innovationsfähigkeit Deutschlands möchte die SPD erhalten, dazu soll das deutsche Wissenschaftssystem erhalten und weiterentwickelt werden.



Zudem sollen Zukunftstechnologien wie Quantentechnik oder KI gefördert werden (S. 21). Die Anwendung von Algorithmen, z.B. bei der Personalrekrutierung, soll diskriminierungsfrei erfolgen (S. 15, 42).

▪ **Bewertung**

Mit dem vorgelegten Wahlprogramm adressiert die SPD diverse Herausforderungen im Bereich der Digitalpolitik und greift damit zahlreiche Forderungen des eco auf. Die Übereinstimmungen zeigen sich z.B. hinsichtlich des Petitions zum Aus- bzw. Aufbau moderner Netze, der Bedeutung der IT-Sicherheit und der Stärkung von personellen sowie technischen Ressourcen zur Strafverfolgung im Internet. Insbesondere ist die Sensibilität für überbordende Überwachungsmaßnahmen und dem demgegenüber zielführenderen Ansatz für effektive Strafverfolgung im Netz positiv zu bewerten. Der präferierte Weg über gesetzliche Ausbau- und Versorgungspflichten hingegen steht mit dem verfassungsrechtlich garantierten Vorrang des privatwirtschaftlichen Ausbaus nicht in Einklang.

Um die Digitalisierung ganzheitlich und flächendeckend voranzutreiben, werden konkrete Maßnahmen in den Bereichen des Netzausbaus, der digitalen Bildung bzw. Weiterbildung und der digitalen Verwaltung definiert. Jedoch werden Maßnahmen, z.B. zur Bekämpfung illegaler Inhalte – die Weiterentwicklung des NetzDG –, nicht weiter konkretisiert bzw. wird nicht auf bestehende Problemstellungen, die eine Weiterentwicklung erfordern, eingegangen.

Zudem bleibt der notwendige Infrastrukturausbau – in Form von Rechenzentren – für die weitere Digitalisierung gänzlich unberücksichtigt. Um die Potentiale von IoT, KI oder smarten Lösungen in anderen Lebensbereichen und damit einhergehende Wertschöpfungspotentiale ganzheitlich nutzen zu können, muss der Ausbau von Rechenzentren vorangetrieben werden. Zwar wird mit der Abschaffung der EEG-Umlage die Standortattraktivität erhöht, jedoch bestehen die Herausforderungen im Hinblick auf die zeitintensiven Planungs-, Genehmigungs- und Bauverfahren und des Strompreises auf sehr hohem Niveau weiterhin.

III. Auswertung des FDP-Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2021

Am 16. Mai 2021 verabschiedete die FDP ihr Bundestagswahlprogramm unter dem Slogan [„Nie gab es mehr zu tun“](#).

▪ **Zentrale Aussagen im Bereich: Digitale Infrastrukturen und Netze**

Die FDP fordert einen Ausbau der Netzinfrastrukturen. Um den Ausbau von Gigabit-Infrastrukturen zu beschleunigen, sollen für Privathaushalte und



KMU Gigabit-Gutscheine eingeführt werden, die einen Teil der Kosten für die Umrüstung auf Gigabit abdecken sollen (S. 30). Zudem setzt sich die FDP für eine flächendeckende und leistungsfähige Mobilfunkinfrastruktur ein. Bis 2025 soll der Ausbau der 5G-Netze abgeschlossen sein (S. 30). Beim Netzausbau sollen nach Vorstellung der FDP, insbesondere in kritischen Infrastrukturen (Bsp. 5G-Netz), staatlich beeinflusste Unternehmen aus autoritär regierten Ländern ausgeschlossen werden (S. 31). Die FDP spricht sich für Netzneutralität aus, möchte aber die Möglichkeit gewähren, durch sog. Network-Slicing auch Spezialdienste gegenüber dem allgemeinen Internetzugang zu etablieren (S. 31).

▪ **Zentrale Aussagen im Bereich: Bürgerrechte und IT-Sicherheit**

Die FDP sieht in Quellen-TKÜ und der Online-Durchsuchung keine geeigneten Mittel für die nachrichtendienstliche Tätigkeit. Den Einsatz von „Staatstrojanern“ lehnt sie komplett ab (S. 44). Anstelle der Vorratsdatenspeicherung möchte sie das so genannte „Quick Freeze“ Verfahren etablieren (S. 44). Generell möchte die FDP ein Moratorium für neue Sicherheitsgesetze. Die bestehenden Überwachungsmöglichkeiten sollen in einer Überwachungsgesamtrechnung erfasst und ausgewertet werden (S. 45). Die Nachrichtendienstkontrolle möchte die FDP umfassend überarbeiten und dabei auch die Rechte von Betroffenen geheimdienstlicher Arbeit stärken (S. 47).

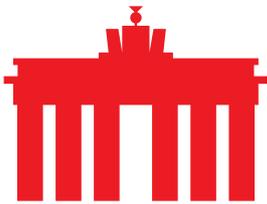
Die Sicherheit von IT-Systemen möchte die FDP mit strikteren Haftungsregeln und einer Verpflichtung der Hersteller zur Bereitstellung von Updates stärken (S. 31). Sicherheitslücken, die Behörden bekannt werden, müssen gemeldet werden und Teil eines Schwachstellenmanagements (mit Priorität auf IT-Sicherheit) sein (S. 31, 44). Die FDP möchte ein Recht auf Verschlüsselung etablieren (S. 31).

Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung möchte die FDP stärken (S. 43). Das Datenschutzniveau soll mindestens bewahrt bleiben (S. 43, 44). Die FDP möchte Datenportabilität stärken (S. 44) und einen Rechtsrahmen für nicht-personenbezogene Daten und das Recht auf Zugang dazu erarbeiten (S. 45).

▪ **Zentrale Aussagen im Bereich: Wettbewerb und Industrie**

Die FDP sieht die Digitalisierung als Chance für die Erreichung der Klimaziele bis 2050 (S. 59). Dazu gehören auch nachhaltige Rechenzentren (S. 31) und die Förderung von Forschungsvorhaben, die ökologische IT ermöglicht (S. 31). Zudem fordert die FDP eine digitale Energiewende für die Etablierung von Smart Grids und Smart Metering (S. 80).

Die FDP fordert die wirksame Regulierung so genannter Gatekeeper Unternehmen auf europäischer Ebene (S. 8). Die Macht großer



Internetkonzerne möchte sie damit beschneiden (S. 8). Die Bemühungen sollen auch entsprechend auf europäischer Ebene gespiegelt werden (S. 8). Auch die Besteuerung großer, international agierender Unternehmen adressiert das Wahlprogramm. Die FDP strebt hier eine Lösung auf Ebene der OECD an (S. 14). Die FDP möchte, dass Geschäftsmodelle leichter europaweit skaliert werden können und hierzu bürokratische Hürden abbauen (S. 30).

▪ **Zentrale Aussagen im Bereich: Mensch und digitale Medien**

Die FDP lehnt die bestehende Regulierung sozialer Netzwerke – das NetzDG – ab. Sie möchte das NetzDG abschaffen und durch andere Regelungen ersetzen (S. 49) sowie den Opferschutz stärken (S. 49). Allgemein setzt sich die FDP dafür ein, die Digitalisierung in der Gesellschaft voranzutreiben (S. 29, 89). Geistiges Eigentum möchte sie schützen, das bestehende Leistungsschutzrecht für Presseverlage jedoch abschaffen und Urheberrechtsbeschränkungen, nach Vorbild des amerikanischen „Fair Use“-Prinzips, maßvoll weiterentwickeln und durch Bagatellklauseln ersetzen (S. 56). Die allgemeine IT-Kompetenz soll gestärkt werden. Hierzu soll das Pflichtfach Informatik an Schulen eingeführt werden (S. 17). Digitale Kompetenzen werden als wirksamstes Mittel gegen Hatespeech und Desinformation verstanden (S. 17).

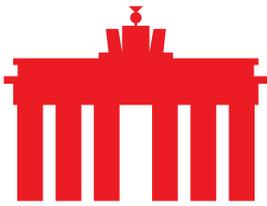
Das Arbeitsrecht möchte die FDP flexibler gestalten, was Arbeitsort und Anforderungen anbetrifft (S. 32).

Forschung und Entwicklung sollen steuerlich besser gefördert werden (S. 7). Darüber hinaus möchte die FDP „digitale Freiheitszonen“ schaffen, in denen digitale Schlüsseltechnologien erprobt werden können (S. 25).

▪ **Zentrale Aussagen im Bereich: Digitalisierung, Innovationen und Zukunftstechnologien**

Die FDP möchte den Einsatz von Künstlicher Intelligenz mit einer KI-Roadmap und einem Erprobungsraum (Sandkasten) mit reduzierten regulatorischen Auflagen fördern (S. 31). Allgemein sieht sie zudem die Notwendigkeit, die Interoperabilität und Portabilität von Daten mehr zu fördern (S. 44). Innovative Unternehmen sollen durch neue Abschreibungsregelungen gefördert werden (S. 7). Die Verwaltung soll umfassend digitalisiert werden. Alle Behördengänge sollen digital erfüllt werden können und das once-only-Prinzip eingeführt werden (S. 23, 30). Ein Bürgerkonto soll den Zugang zu Verwaltungsleistungen bündeln. Die öffentliche Verwaltung soll auf Open-Source-Software umgestellt werden (S. 30).

Um die Verwaltung zu verschlanken und Synergieeffekte zu nutzen, soll ein Bundesministerium für digitale Transformation geschaffen werden (S. 29).



- **Bewertung**

Mit ihrem Wahlprogramm spricht die FDP ein breites Spektrum digital- und internetpolitischer Themen an, die auch Positionen und Forderungen von eco aufgreifen. Besonders heraus sticht die Einschränkung staatlicher Überwachungsmaßnahmen, wie dem Bundestrojaner und der Vorratsdatenspeicherung. Das stattdessen geforderte Quick-Freeze-Verfahren könnte allerdings auch erheblichen Aufwand verursachen. IT-Sicherheit spielt ebenso eine zentrale Rolle, wobei die FDP hier für mehr und stärkere regulatorische Eingriffe plädiert, wie den Ausschluss bestimmter Unternehmen bei kritischen Infrastrukturprojekten oder das Recht auf Verschlüsselung.

Die FDP fordert einen forcierten Netzausbau und schlägt hierzu eine Reihe verschiedener kleinerer Einzelmaßnahmen vor. Unklar ist, ob diese Maßnahmen den angestrebten Ausbau fördern.

Im Bereich der Wettbewerbsgestaltung sieht die FDP die Notwendigkeit für größere regulatorische Eingriffe, insbesondere gegenüber Unternehmen in einer Schlüsselrolle. Erwogene Verpflichtungen zu Datenportabilität bzw. Interoperabilität können für Unternehmen eine zusätzliche Herausforderung darstellen.

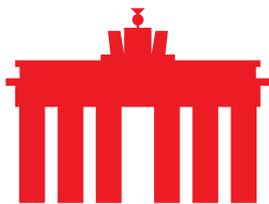
Auch weist das Programm einen klaren Fokus auf Datenschutz und Datenpolitik auf, der nach dem Willen der Partei zukünftig stärker kodifiziert sein soll. Im Bereich des Klimaschutzes sieht die FDP digitale Technologien und Digitalisierung als Chance zur Erreichung der Klimaziele. Im Bereich des e-Government und der digitalen Verwaltungen hat die Partei sehr konkrete und weitgehende Forderungen aufgestellt.

IV. Auswertung des Wahlprogramms von DIE LINKE zur Bundestagswahl 2021

Beim Parteitag am 19. und 20. Juni verabschiedete DIE LINKE ihr Bundestagswahlprogramm [„Zeit zu handeln! Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit“](#).

- **Zentrale Aussagen zu dem Bereich: Digitale Infrastrukturen und Netze**

DIE LINKE versteht die Verfügbarkeit von Internet als Teil der Grundversorgung – welche auch bei Zahlungsrückständen nicht abgestellt werden soll. Der künftige Netzausbau soll sich an den Zielen einer zuverlässigen Versorgung und dem Gemeinwohl orientieren. Dazu will die Partei den Ausbau und den Betrieb von Breitband- und Mobilfunknetzen in

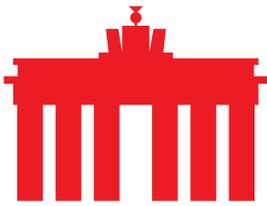


die öffentliche Hand überführen. Den Glasfaserausbau – u.a. sollen alle Wohnungen mit einem Glasfaseranschluss (FFTH) ausgestattet werden – will sie jährlich mit 10 Milliarden Euro fördern. Die Mobilfunknetze sollen in einer bundeseigenen Gesellschaft zusammengeführt und betrieben werden. Telekommunikationsunternehmen sollen ihre Dienstleistungen über das öffentliche Netz anbieten können (S. 93 ff.). Die Netzneutralität will DIE LINKE grundgesetzlich absichern (S. 94).

▪ **Zentrale Aussagen zu dem Bereich: Bürgerrechte und IT-Sicherheit**

Die Vorratsdatenspeicherung, die Bestandsdatenauskunft, die Quellen-TKÜ und die Onlinedurchsuchung (Staatstrojaner) lehnen DIE LINKE genauso wie die nichtindividualisierten Funkzellenabfragen, die Videoüberwachung, Späh- sowie Lauschangriffe und die Rasterfahndung ab (S. 120). Ebenso spricht sie sich gegen eine Ausweitung der Befugnisse der Bundespolizei zum Einsatz von Trojanern für die Gefahrenabwehr aus (S. 122). DIE LINKE setzt sich für eine Stärkung des Datenschutzes ein. Verbraucher:innen müssen diskriminierungsfrei entscheiden können, was mit ihren Daten geschieht (S. 79). Zudem will die Partei ein Beschäftigtendatenschutzgesetz schaffen, das die Verarbeitung personenbezogener Daten aus der Arbeitstätigkeit sowie die Überwachung am Arbeitsplatz unterbindet (S. 92). Große Plattformen sollen zum Datenteilen mit Behörden verpflichtet werden (S. 93). Die Nutzung öffentlich zugänglicher Angebote im Netz soll ohne wirtschaftliche Nutzung der dabei anfallenden Daten (Tracking) ermöglicht werden (S. 95). DIE LINKE setzt sich dafür ein, die DSGVO zu festigen und die Datenschutzaufsicht zu stärken (S. 96). Das Informationsfreiheitsgesetz möchte sie zu einem Transparenzgesetz umgestalten. In der öffentlichen Verwaltung will die Partei Open-Source-Betriebssysteme und Anwendungen fördern und deren verpflichtende Nutzung durchsetzen (S. 95). Ebenso sollen digitale Teilhabemöglichkeiten geschaffen und die Digitalisierung der Verwaltung gestärkt werden. DIE LINKE möchte die Weitergabe von Informationen an Dritte durch Ämter verbieten (S. 98). Die von der EU-Kommission angestrebte Kriminalisierung der Ende-zu-Ende-Verschlüsselung lehnt die Partei mit Verweis auf die informationelle Selbstbestimmung ab (S. 95) und setzt sich dafür ein, dass die öffentliche Hand Kommunikationsformen (E-Mail und Chat) auf Basis einer Ende-zu-Ende-Verschlüsselung schafft (S. 94).

DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Herstellerhaftung zu Fragen der IT-Sicherheit sowie Vorgaben zu Security by Design bzw. by Default auf europäischer Ebene per Verordnung zu stärken. Den Ankauf und den verpflichtenden Einbau von Sicherheitslücken lehnt sie ab. Zum Schutz vor digitalen Angriffen soll die Unabhängigkeit des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik gestärkt und dessen Leistungsangebot ausgebaut werden (S. 95).



Um Hinweisgeber zu schützen will DIE LINKE ein Whistleblower-Schutzgesetz erarbeiten (S. 79).

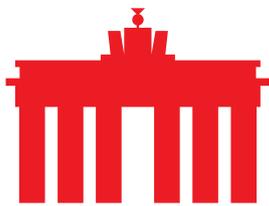
▪ **Zentrale Aussagen zu dem Bereich: Wettbewerb und Industrie**

Die Markt- und Monopolmacht großer Digitalkonzerne und Plattformen muss aus Sicht der Partei zurückgedrängt und demokratisch kontrolliert werden, z.B. durch die Einsetzung einer staatsfernen Aufsichtsstruktur (S. 129). Um die Marktposition öffentlich-rechtlicher Plattformbetreiber zu stärken will DIE LINKE ein Plattformstrukturgesetz erarbeiten, das die großen Plattformbetreiber unter Sanktionsauflagen zu mehr Datenschutz, Interoperabilität und Portabilität verpflichtet. Zudem sollen Plattformen dazu verpflichtet werden, ihre Daten mit Mitbewerbern zu teilen. (S. 93). Einen Wettlauf attraktiver Steuerkonditionen will die Partei verhindern, dazu setzt sie sich für eine globale oder europäische Lösung zur Mindestbesteuerung von Unternehmen ein. Unternehmen will DIE LINKE künftig am Ort der wirtschaftlichen Aktivität besteuern. Zudem sollen Profiteure der Coronakrise, z.B. die Akteure des Onlinehandels, eine Übergewinnsteuer (Excess Profit Tax) zur Begrenzung der eigenen Marktmacht entrichten (S. 87).

Bis 2035 will sie fossile durch erneuerbare Energien ersetzen (S. 58) – der Kohleausstieg soll bereits bis 2030 erfolgt sein (S. 67). Außerdem plant die Partei das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) strukturiert zu reformieren, um die Finanzierung der EEG-Umlage aus dem Bundeshaushalt zu ermöglichen (S. 71). Zur verpflichtenden Abwärmenutzung aus Rechenzentren will die Partei eine gesetzliche Grundlage schaffen. Zudem sollen alle Rechenzentren in einem Kataster erfasst und ein Energieausweis entwickelt werden. Um einen energieeffizienten Betrieb der IT zu ermöglichen, will DIE LINKE Vorgaben zur energiesparenden Softwareprogrammierung erarbeiten und energiesparende Standardeinstellungen für Streaming und On-Demand-Dienste festlegen. Aufgrund ihrer oft energie- und ressourcenintensiven Eigenschaften erwägt DIE LINKE ein Verbot von Kryptowährungen (S. 101).

▪ **Zentrale Aussagen zu dem Bereich: Mensch und digitale Medien**

Beim Einsatz hybrider Lernformen soll niemand zurückgelassen werden, deshalb will DIE LINKE alle Schüler:innen, im Bedarfsfall mithilfe von Leihgaben oder Zuschüssen, mit Endgeräten und Datenvolumen ausstatten (S. 10, 27, 94). Zudem soll die technische und administrative Ausstattung der Schulen verstetigt und Schulen mit schnellen und leistungsfähigen Breitbandanschlüssen sowie WLAN ausgestattet werden (S. 49). Auch will die Partei eine frühzeitige Vermittlung von Medien- (S. 49) und digitalen Kompetenzen sicherstellen (S. 94). Dazu soll die Vermittlung digitaler Kompetenzen bzw. digital basierter Unterrichtsmethoden zum festen



Bestandteil des Lehramtsstudiums werden. Um die Kompetenzen der Lehrkräfte auszubauen, will die Partei Fortbildungen der Lehrkräfte fördern (S. 55).

Um Erwerbstätige zu unterstützen, will DIE LINKE einen Rechtsanspruch für Weiterbildung und damit erforderliche Arbeitszeitreduzierungen schaffen (S.19). Die Kosten der Weiterbildung sollen aus einem Fonds finanziert werden, in den alle Arbeitgeber einzahlen (S. 20).

Sofern die Tätigkeit es zulässt will DIE LINKE ein Recht auf Homeoffice schaffen, das eine anteilige Erbringung der Arbeitsleistung von Zuhause ermöglicht. Die Bedingungen für Homeoffice-Möglichkeiten will sie über Tarifverträge festlegen (S. 18). Plattformarbeiter:innen sollen alle Arbeits- und Mitbestimmungsrechte sowie vollständiger Sozialversicherungsschutz garantiert werden (S. 92). Die Befristung von Arbeitsverträgen will die Partei weiter reglementieren und eine Arbeitgeberverpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen für Plattformarbeiter:innen schaffen (S. 16). Um Desinformation entgegenzuwirken will DIE LINKE die Medienbildung generationenübergreifend stärken statt Zensur (S. 93). Plattformbetreiber sollen künftig nicht mehr dazu verpflichtet werden, Inhalte ohne richterlichen Beschluss zu löschen. Ebenso will DIE LINKE sicherstellen, dass Community-Standards der Plattformen nicht dazu genutzt werden, parallele Rechtsstrukturen zu schaffen (S. 93). Digitale Gewalt will sie gesetzlich erfassen und deren Verfolgung verbessern (S. 96). Uploadfilter lehnt die Partei ab (S. 93).

- **Zentrale Aussagen zu dem Bereich: Digitalisierung, Innovation und Zukunftstechnologien**

Landkreise, Städte und Kommunen will DIE LINKE bei der Errichtung digitaler Infrastrukturen unterstützen (S. 45). Für die Digitalisierung der Hochschulen will sie mehr Mittel in einem Hochschuldigitalpakt zur Verfügung stellen (S. 55). Die Nutzung künstlicher Intelligenz (KI) will DIE LINKE gesetzlich regulieren und gemeinwohlorientiert ausgestalten. Zudem sollen unabhängige Stellen die Diskriminierungsfreiheit von Algorithmen prüfen. Bei der Nutzung personenbezogener Daten müssen KI-Anwendungen die Einhaltung des Datenschutzes und des Rechtes auf freie Meinungsäußerung gewährleisten (S. 97). Das digitale Bezahlen von Kleinbeträgen soll anonym möglich sein. Jedoch setzt sich die Partei dafür ein, dass eine Privatisierung souveräner Aufgaben, wie Geld- und Währungspolitik, verhindert wird.

DIE LINKE will die Forschung zu Fragen der IT-Sicherheit fördern und deren Kriminalisierung verhindern (S. 95).



- **Bewertung**

Mit ihrem Wahlprogramm adressiert DIE LINKE zahlreiche Aspekte der Digital- und Netzpolitik und greift in bestimmten Themensegmenten einige Forderungen des eco auf.

Im Wahlprogramm nehmen insbesondere Fragen der künftigen Regulierung sowie der Verstaatlichung bzw. Rekommunalisierung eine zentrale Rolle ein. So fordert DIE LINKE zwar einen flächendeckenden Netzausbau, jedoch soll dieser staatlich organisiert werden. Aus Perspektive der privatwirtschaftlichen Unternehmen sind diese Vorhaben kritisch zu bewerten. Inwieweit ein derartiges Vorgehen mit Verweis auf den grundgesetzlich verankerten Vorrang des privatwirtschaftlichen Ausbaus und Betriebs, die Grundrechte der Unternehmen und die europäischen Grundfreiheiten möglich wäre, bleibt fraglich. Beim Ausbau digitaler Infrastrukturen will die Partei Kommunen, Städte und Landkreise unterstützen, wenngleich offenbleibt, welche Infrastrukturen ausgebaut werden sollen.

Hervorzuheben ist die grundsätzlich ablehnende Haltung zur IKT-basierten Überwachung von Bürger:innen durch DIE LINKE. Zudem bekennt sich die Partei klar zur Verschlüsselung von Kommunikation. Zwar stellt der Datenschutz einen Kern des Parteiprogramms dar, jedoch lässt die Partei mögliche, damit einhergehende Konsequenzen für die Geschäftsmodelle der betroffenen Unternehmen gänzlich unberücksichtigt. Ebenso werfen nicht näher beschriebene Planungen zur Regulierung von KI Fragen auf.

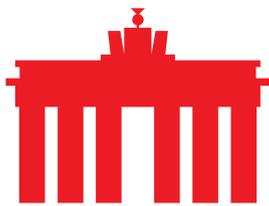
Mit Blick auf die Unternehmen der Internetwirtschaft zielen die Programmpunkte der Linken vor allem auf die weitere Regulierung der Geschäftsmodelle ab. Dazu sollen gemeinsame Regelungen zur Besteuerung sowie zur Begrenzung der Marktmacht der Unternehmen getroffen werden.

V. Auswertung des Grünen-Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2021

Bei ihrem digitalen Parteitag vom 11. bis 13. Juni verabschiedete Bündnis 90/Die Grünen ihr Bundestagswahlprogramm [„Deutschland. Alles ist drin.“](#) Zusätzlich legten die Grünen Co-Vorsitzenden Annalena Baerbock und Robert Habeck am 3. August das Klimaschutz-Sofortprogramm [„Klima retten, Menschen schützen.“](#) vor.

- **Zentrale Aussagen zu dem Bereich: Digitale Infrastrukturen und Netze**

Schnelles Internet stellt für Bündnis 90/Die Grünen Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge dar. Die Partei will jeden Haushalt mit Glasfaser (FTTB)



versorgen. Ein Rechtsanspruch auf schnelle Internet-Grundversorgung soll entbürokratisiert sowie dessen Durchsetzung vereinfacht werden. Die bereitgestellten Fördergelder für den Netzausbau sollen nach dem Willen der Grünen schneller ausgezahlt und Open Access für Wettbewerber gestärkt werden. Für den Fall von Abweichungen der vertraglich vereinbarten Datenübertragungsraten wollen die Grünen pauschalisierte Schadensersatzansprüche und Bußgeldregelungen schaffen.

Im Bereich des Mobilfunks will die Partei eine flächendeckende Versorgung erreichen. Wo keine Kooperationsvereinbarungen geschlossen werden, sollen ggf. Verpflichtungen zum nationalen Roaming gegen entsprechende Vergütung geschaffen werden. Für kommende Frequenzversteigerungen will Bündnis 90/Die Grünen dynamische Versorgungsaufgaben schaffen. Die Netzneutralität wollen die Grünen absichern und konsequent durchsetzen (S. 57).

▪ **Zentrale Aussagen zu dem Bereich: Bürgerrechte und IT-Sicherheit**

Bündnis 90/Die Grünen will die IT-Sicherheit durch Vereinheitlichung der Zertifizierung auf europäischer Ebene stärken. Künftige Ausschreibungen sollen Aspekte der IT-Sicherheit berücksichtigen und nur vertrauenswürdige Unternehmen sollen als Bieter zugelassen werden. Die Partei will die Unabhängigkeit des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) stärken und einen starken Datenschutz schaffen (S. 32). Die Verfügbarkeit freier und offener Standards für die Allgemeinheit wollen die Grünen fördern (S. 75) Neben dem Schutz von Whistleblowern (S. 83) wollen sie die Verschlüsselung entkriminalisieren und stärken (S. 100). Die Grünen lehnen die biometrische Identifizierung im öffentlichen Raum, die anlasslose Vorratsdatenspeicherung, generelle technische Hintertüren in Geräten etc., Online-Durchsuchungen und die Quellen-Telekommunikationsüberwachung ab. Hinsichtlich der staatlichen Überwachung will die Partei eine Gesamtrechnung mit entsprechendem empirischem Ansatz entwickeln (S. 84).

Um datengetriebene Geschäftsmodelle zu stärken, wollen Bündnis 90/Die Grünen den Zugang zu nicht-personenbezogenen Daten sowie anonymisierten, personenbezogenen Daten erleichtern. Darüber hinaus sollen Vorschriften zur Nutzung von Datenpools entwickelt werden (S. 30). Auf der Grundlage eines Bundestransparenzgesetzes wollen die Grünen Open Data fördern und die Nutzung von Daten der öffentlichen Hand vereinfachen (S. 69).

Mithilfe des e-Government will die Partei das Schriftformerfordernis abbauen und digitale Beteiligungsformate schaffen. Zur Umsetzung wollen sie offene, technologie neutrale und europaweit verfügbare digitale Identitäten entwickeln (S. 68).



▪ **Zentrale Aussagen zu dem Bereich: Wettbewerb und Industrie**

Im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) wollen die Grünen im Rahmen der Fusionskontrolle ein Recht zur Stellungnahme für Datenschutzbehörden schaffen. Die Stellungnahme und die Aspekte des Datenschutzes sollen in die Fusionsentscheidung des Bundeskartellamtes (BKartA) einfließen (S. 28). Wettbewerbsrelevante Unternehmenskäufe, sog. Killer Acquisitions, sollen durch das BKartA geprüft werden – im Zustimmungsfall sollen Verpflichtungen zur Interoperabilität von Software, Diensten etc. getroffen werden. Bündnis 90/Die Grünen strebt Qualitäts- und Sicherheitsstandards für den Online-Handel auf europäischer Ebene an, um deren Marktmacht zu begrenzen. Die Partei setzt sich für eine ambitionierte Umsetzung des Digital Markets Act (DMA) ein und will unter dem Dach eines EU-Kartellamtes eine Digitalaufsicht implementieren, die als Frühwarnsystem das Marktgeschehen stetig beobachtet. Die Grünen schließen Unternehmensaufspaltungen – außerhalb des Marktmachtmissbrauches – nicht aus (S. 31).

Bei der Besteuerung international agierender Unternehmen setzt sich Bündnis 90/Die Grünen für ein Regelwerk zur globalen Mindestbesteuerung ein. Eine globale Lösung will sie auf europäischer und nationaler Ebene ambitioniert umsetzen (S. 38).

Die Rechenzentren des Bundes will die Partei auf einen nachhaltigen Betrieb umstellen. Um Anreize zur Reduktion des Stromverbrauchs von Rechenzentren zu erreichen, will sie den Einsatz wasserbasierter Kühlsysteme stärken und Projekte zum CO₂-neutralen Betrieb von Rechenzentren fördern (S. 5). Die Grünen wollen einen ordnungsrechtlichen Rahmen zur Abwärmenutzung aus effizienten Gewerbe- und Industrieanlagen schaffen. Um erneuerbaren Strom zu wettbewerbsfähigen Preisen beziehen zu können, will die Partei das Steuer- und Abgabensystem reformieren (S. 4) und die EEG-Umlage senken (S. 6). Den Kohleausstieg will sie bis 2030 vollenden (S. 7).

▪ **Zentrale Aussagen zu dem Bereich: Mensch und digitale Medien**

Für eine breite digitale Teilhabe will die Partei die Kinder aus einkommensschwachen Haushalten mit Endgeräten ausstatten. Digitale Bildung versteht Bündnis 90/Die Grünen als Gemeinschaftsaufgabe von Bildungseinrichtungen, Eltern und Hilfsorganisationen, die es zu stärken gilt. Die Partei setzt sich dafür ein, Lehrpläne zu modernisieren und technikbasierte Lehrmethoden in den Unterricht zu integrieren. Die Nutzung quelloffener und sicherer Lernplattformen sowie Videokonferenzsysteme im Schulbetrieb wollen die Grünen fördern und das Recht auf Löschung personenbezogener Daten von Schüler:innen umsetzen (S. 62).



Für Berufstätige will die Partei einen gesetzlichen Anspruch auf Weiterbildung und Weiterbildungsgeld schaffen. Für Zeiten der Kurzarbeit will sie ein Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld entwickeln (S. 5).

Ein Recht auf mobiles Arbeiten will Bündnis 90/Die Grünen schaffen (S. 43). Digital vermittelte und erbrachte Arbeitsleistungen will sie, zum Schutz der Arbeitnehmer, besser regulieren (S. 44).

Um Kinder und Jugendliche im Internet besser zu schützen, will die Partei eine Präventionsstrategie entwickeln und verpflichtende Voreinstellungen für Plattform-Konten junger Nutzer:innen definieren (S. 41). Einen verpflichtenden Einsatz von Uploadfiltern lehnen die Grünen ab. Sie setzen sich für einen durchsetzungsstarken Digital Services Act und dessen zügige Umsetzung ein (S. 75).

Den Ende 2021 auslaufenden Pakt für den Rechtsstaat will die Partei durch einen Bund-Länder-Digitalpakt Justiz fortsetzen (S.70).

- **Zentrale Aussagen zu dem Bereich: Digitalisierung, Innovation und Zukunftstechnologien**

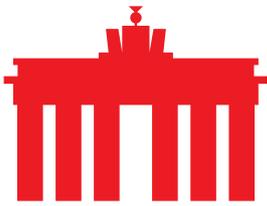
Um die Digitalisierung von Unternehmen voranzutreiben, wollen die Grünen staatliche Investitionen stärken und private Investitionen mit einer Anpassung der steuerrechtlichen Vorschriften (befristete Abschreibungen in Höhe von 25 Prozent) begünstigen (S. 25).

Die Partei möchte die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten insbesondere für KMUs und Start-Ups mit besseren Möglichkeiten der steuerlichen Abzugsfähigkeit unterlegen. Auf Basis gestärkter Förderprogramme und stillen Beteiligungen des Staates will sie strukturelle Hemmnisse von Ausgründungen beseitigen (S. 27). Um die technologische Souveränität und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, wollen die Grünen Innovationen wie KI, Quantencomputing, Kommunikationstechnologien sowie IT-Sicherheit besonders fördern (S. 31). Zum Einsatz von KI-Anwendungen will sie einen Ordnungsrahmen für KI und algorithmische Systeme – insbesondere zu Aspekten der Nichtdiskriminierung und Transparenz – auf europäischer Ebene erarbeiten (S. 32).

- **Bewertung**

Mit ihrem Wahlprogramm adressieren Bündnis 90/Die Grünen zahlreiche Aspekte der Digital- und Netzpolitik und greifen einige Forderungen des eco auf.

Im Wahlprogramm nehmen sowohl die ökologische Transformation als auch Fragestellungen zur Regulierung von digitalen Unternehmen eine zentrale Rolle ein. Die Partei fordert einen ambitionierten und flächendeckenden



Netzausbau, der mit einem Rechtsanspruch verankert werden soll. Dabei bleibt unberücksichtigt, dass einzelne Forderungen bereits mit der letzten Novelle des Telekommunikationsgesetzes umgesetzt worden sind. Neben Maßnahmen zur Stärkung der IT-Sicherheit wollen die Grünen die Verschlüsselung entkriminalisieren. Hier lässt die Partei offen, was genau beabsichtigt wird. Staatliche Überwachung soll gesamtheitlich überprüft werden, Backdoors, Trojaner und Vorratsdatenspeicherung lehnt die Partei ab.

Als ein Kernstück der Digitalpolitik von Bündnis 90/Die Grünen gilt die weitere Regulierung digitaler Geschäftsmodelle. Parallel zur wettbewerbs- und kartellrechtlichen Regulierung will die Partei weitere Verpflichtungen, z.B. zu Voreinstellungen von Plattform-Konten junger Nutzer:innen, an die Plattformbetreiber adressieren.

Zur Stärkung des Industriestandortes wollen die Grünen das Abgaben- und Steuersystem für Energie reformieren und die EEG-Umlage senken. Zu ihren energie- und klimapolitischen Absichten legt die Partei keinen konkreten Zeitplan vor.

VI. Analyse der Wahlprogramme

▪ **Schwerpunktthemen der kommenden Wahlperiode**

Betrachtet man die verschiedenen Wahlprogramme der Parteien, ergeben sich eine Reihe von Themen, bei denen davon auszugehen ist, dass diese in der kommenden Wahlperiode durch eine Bundesregierung adressiert werden. Diese Themen werden in allen Programmen der Parteien aufgeführt und als ein Schwerpunkt ihrer digitalpolitischen Positionen gesehen.

Alle Parteien haben den Ausbau der Breitbandinfrastrukturen in Deutschland als Ziel für sich identifiziert. Die Ansätze hierfür sind überwiegend marktgetrieben – mit Ausnahme der Linkspartei, die insbesondere über eine Rekommunalisierung der Netze den Breitbandausbau erreichen will. Die Grünen wollen durch eine Stärkung der Verbraucherrechte einen Rechtsanspruch für schnelles Internet erreichen. CDU/CSU und FDP streben einen marktgetriebenen Breitbandausbau mit verschiedenen Einzelmaßnahmen an.

Daneben soll der Bereich des Datenschutzes weiterentwickelt werden. Dabei spielen Digitale Identitäten bei allen Parteien eine zentrale Rolle und sollen mit verschiedenen Ansätzen gefördert und für Bürgerinnen und Bürger verfügbar gemacht werden. Alle Parteien erhoffen sich dadurch auch eine Stärkung der digitalen Verwaltung. Insgesamt ist davon auszugehen, dass das mit der DSGVO etablierte Datenschutzregime weiter konkretisiert und ausgebaut werden soll. Die Parteien verfolgen hierzu zwar unterschiedliche Ansätze, es gibt jedoch – mit Ausnahme von CDU und CSU – bei allen



Parteien bereits Vorstellungen zur Konkretisierung und teilweise sind auch Verschärfung der Datenschutzregeln vorgesehen. Allerdings bleibt, ob und wenn ja, wo bei diesem Aspekt konkret Veränderungen angestrebt werden..

Hohe Übereinstimmungen weisen alle Parteien im Bereich der IT-Sicherheit auf. Die Parteien sehen in der Stärkung der IT-Sicherheit ein wichtiges Element. Die Mehrzahl der Parteien erwägt in diesem Zusammenhang Haftungsregeln in Verbindung mit der Etablierung von Sicherheitsstandards. Security by Design soll ebenfalls gefördert und gefordert werden. Am wenigsten strikt wirkt der Ansatz von CDU/CSU, der vor allem auf eine europäische Regelung für Haftungsregeln im Bereich der IT-Sicherheit abzielt.

Auch im Bereich der Normierung und Standardisierung sehen alle Parteien einen Handlungsschwerpunkt. Die Interoperabilität und Portabilität von Anwendungen, insbesondere im Bereich des Cloud Computing, haben alle Parteien auf der Agenda. Das Spektrum reicht hier von der Amplifizierung bestehender Projekte wie Gaia-X bis hin zu Vorgaben zur Interoperabilität von Softwareplattformen und Vorgaben zur Bereitstellung von offenen Quellcodes (Open Source Software).

▪ **Strittige Themen in der kommenden Wahlperiode**

Neben diesen Gemeinsamkeiten, die noch großen Spielraum für weitere Konkretisierung und Ausgestaltung in der kommenden Wahlperiode lassen, gibt es umstrittene Themen, die von den Parteien sehr unterschiedlich angegangen werden, aber in allen Wahlprogrammen prominent angeführt sind.

Das Thema Hassrede im Netz wird in allen Wahlprogrammen adressiert. Alle Parteien streben eine stärkere und effektivere Bekämpfung von Hassrede im Netz an. Mit Ausnahme der FDP und der Linkspartei setzen die Parteien auf die bestehenden Grundlagen des (NetzDG), das nach ihren Vorstellungen weiterentwickelt oder konkretisiert werden soll.

Auch die klimapolitischen Aspekte der Digitalisierung werden verstärkt wahrgenommen und unterschiedliche Ansätze für den weiteren Umgang von Klimaschutz, Umweltschutz und Digitalisierung skizziert. Nahezu alle Parteien fordern, dass Klimaschutz und Digitalisierung stärker in Einklang zu bringen seien. Die FDP fordert darüber hinaus, die Internetwirtschaft stärker in Klimaschutzmaßnahmen einzubeziehen bspw. bei der Nutzung von Abwärme von Rechenzentren. Die Grünen wollen Anreize schaffen, um den Stromverbrauch von Rechenzentren zu reduzieren. Staatliche Rechenzentren möchten sie klimaneutral betreiben. Auch die Linkspartei strebt hier ähnliche Maßnahmen an. Die Pläne von CDU/CSU und SPD sind hier deutlich weniger konkret.



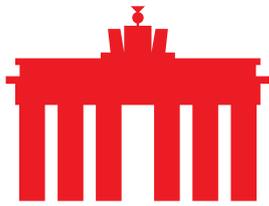
Im Bereich der Inneren Sicherheit und der Sicherheitsgesetze hebt sich die Union deutlich von ihren politischen Wettbewerbern ab. Sie zielt insbesondere auf eine grundrechtskonforme Gestaltung der Vorratsdatenspeicherung und möchte den Einsatz weiterer Instrumente wie den Bundestrojaner stärken. Hingegen möchte die SPD Nutzer:innen im Netz identifizierbar machen, um diese bei Rechtsverstößen belangen zu können. Grüne, Linkspartei und FDP stehen entsprechenden Plänen skeptisch bis ablehnend gegenüber, fordern eine Überwachungsgesamtrechnung (Grüne und FDP) und wollen entsprechende Maßnahmen deutlich eingrenzen.

▪ **Zusammenfassung und Ausblick**

Eine „große gemeinsame Linie“ über alle Parteigrenzen hinweg lässt sich in der deutschen Digitalpolitik für die 20. Wahlperiode des Deutschen Bundestages nicht eindeutig vorzeichnen. Klar ist, dass der Ausbau der TK-Infrastrukturen und Netze, die weitere Gestaltung des Datenschutzes und eine striktere Regulierung digitaler Plattformen verstärkt in den Fokus der Aktivitäten und Handlungsfelder aller Parteien gerückt sind. Dazu werden in der kommenden Wahlperiode – unabhängig davon, wer die Regierung stellen wird – politische Initiativen und Aktivitäten zu erwarten sein, wobei auch hier immer noch eine starke Binnendifferenzierung zwischen den politischen Akteuren zu konstatieren ist.

Die Analyse der Wahlprogramme hat gezeigt, dass die Parteien sehr unterschiedliche Schwerpunkte bei der Digitalpolitik für die kommende Wahlperiode setzen. Die Schaffung eines Digitalministeriums, das zentrale Fragen der Digitalisierung bündelt, wird nur von einzelnen Parteien (CDU/CSU und FDP) explizit in den Wahlprogrammen aufgegriffen. Auch zeigen die Auswertungen der Wahlprogramme, dass an zahlreichen Punkten nach wie vor gravierende Differenzen darüber bestehen, wie Themen überhaupt angegangen werden sollen. So sehen CDU/CSU und FDP bei der Regulierung von Künstlicher Intelligenz primär die Schaffung von „Reallaboren“ oder „Testfeldern“ parallel zu bestehender und laufender Regulierung als probaten Ansatz, während Grüne, Linkspartei und SPD auf eine stärkere Regulierung von künstlicher Intelligenz und den ihr zugrundeliegenden Algorithmen abheben.

Auch unter netzpolitischen Gesichtspunkten sind die Bundestagswahlen am 26. September und die anschließenden Koalitionsverhandlungen daher von großer Bedeutung. Sie stellen die Weichen für den Erfolg der digitalen Transformation in Deutschland.



VERBAND DER INTERNETWIRTSCHAFT E.V.



Über eco

Mit über 1.100 Mitgliedsunternehmen ist eco der größte Verband der Internetwirtschaft in Europa. Seit 1995 gestaltet eco maßgeblich das Internet, fördert neue Technologien, schafft Rahmenbedingungen und vertritt die Interessen seiner Mitglieder gegenüber der Politik und in internationalen Gremien. Die Zuverlässigkeit und Stärkung der digitalen Infrastruktur, IT-Sicherheit und Vertrauen sowie eine ethisch orientierte Digitalisierung bilden Schwerpunkte der Verbandsarbeit. eco setzt sich für ein freies, technikneutrales und leistungsstarkes Internet ein.